

## Buchbesprechungen

*Johnson, Harry G.*: Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik, Band 18 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1969, 342 S., DM 44,60.

Die Geld- und Kreditpolitik gehört auch heute noch zu den umstrittensten Bereichen der Wirtschaftspolitik. Ein Grund hierfür ist die Tatsache, daß die Geldpolitik noch immer nicht voll in die ökonomische Theorie integriert ist. Die jetzt in einer deutschen Übersetzung vorliegenden Beiträge von *Harry G. Johnson* zur Geldtheorie und Geldpolitik sind nun zu einem guten Teil als Versuch zu werten, eben diese Diskrepanz zwischen Theorie und politischer Praxis zu überbrücken. Für einen solchen Versuch bringt *Johnson* besonders gute Voraussetzungen mit, weil er sich zunächst mit Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik und der Außenhandelstheorie beschäftigt hat und von dort aus zur Behandlung währungs- und geldpolitischer Probleme gekommen ist. Auch als Geldtheoretiker verliert er deshalb nie den Blick für die wirtschaftlich relevanten Fragestellungen.

Dieses stark praxisbezogene, „politische“ Interesse zeigt sich selbst in den theoretischen Abhandlungen der vorliegenden Sammlung. Besonders lesenswert sind hier die einführenden Kapitel „Geldtheorie und Geldpolitik“ und „Neuere Entwicklungen der Geldtheorie“, wobei das zweite Kapitel den leichteren Einstieg in die geldtheoretischen Überlegungen der Gegenwart bietet. *Johnson* geht es in beiden Aufsätzen um eine kritische Analyse der im Anschluß und im Gegensatz zu Keynes entwickelten geldtheoretischen Versuche, die sogenannte „klassische Dichotomie“ (*Don Patinkin*) zu überwinden. Nach *Patinkin* gibt es in der klassischen Nationalökonomie zwei unverbunden nebeneinanderstehende Theorien — eine realwirtschaftliche Theorie für die relativen Preise und eine monetäre Theorie für das Preisniveau. In der klassischen Theorie sind die relativen Preise von der Geldmenge unabhängig; man kann den „Geldschleier“ fortziehen, ohne an den realen Austauschverhältnissen etwas zu ändern. Eine so verstandene „Neutralität“ des Geldes ist bekanntlich in der *Keynes'schen* Geldtheorie nicht mehr vorhanden — hier führt eine Veränderung der Geldmenge auch zu Veränderungen der Preis- und Einkommensrelationen. Im Gegensatz hierzu hat *Don Patinkin* zu zeigen versucht, daß sich bei Berücksichtigung der Kaufkraft der Kassenhaltung — des sogenannten Real-Balance-Effekts — eine Verknüpfung zwischen der klassischen Preis- und Geldtheorie herstellen läßt, die zu einer Überwindung der „klassischen Dichotomie“ führt, ohne die These von der Neutralität des Geldes zu erschüttern.

Hier setzen nun neuere Untersuchungen über die Geldwirkungen ein, die neben dem Geld als Tauschmittel auch das Vorhandensein von Geldvermögensbeständen berücksichtigen. In einem solchen realistischen Geldsystem können

sich offensichtlich aus den relativen Zinssätzen für die verschiedenen Vermögensarten und den Zinserwartungen zusätzliche Wirkungen auf die Geldnachfrage ergeben, wodurch letztlich auch die Geldpolitik neue Ansatzpunkte gewinnt. Praktisch ist die Geldtheorie durch die Einbeziehung der Vermögensbestände zu einer allgemeinen Theorie der Vermögenshaltung ausgeweitet worden, in der monetäre Störungen als eine Veränderung jener Bedingungen erscheinen, zu denen die verschiedenen Vermögensobjekte — vom Bargeld bis zum langfristigen Wertpapier — gehalten werden (S. 60). Es kann deshalb nicht überraschen, wenn jetzt in den Vereinigten Staaten — eben unter dem Einfluß derartiger theoretischer Konzepte — die Zinspolitik als Mittel der Geldpolitik eine Renaissance erlebt.

Bei *Johnson* kommt dieses neuentdeckte Interesse an einer aktiven, theoretisch fundierten Geldpolitik an zahllosen Stellen zum Ausdruck: Weite Strecken des Buches sind geradezu Anleitungen zu geldpolitischem Handeln, wobei *Johnson* oft dem Leser das letzte Urteil über die jeweils als Möglichkeiten vorgetragenen Handlungskonzepte überläßt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob und inwieweit eine Geldpolitik herkömmlicher Art — d. h. unter Einsatz der traditionellen Notenbankinstrumente — zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs geeignet ist. Nach *Johnson* ist diese Frage schon deshalb schwer zu beantworten, weil der Investitionsprozeß nicht mehr einfach als ein Ausgabenstrom beschrieben werden kann, „der vom Zinssatz und möglicherweise auch vom Einkommensniveau abhängig ist“ (S. 109). Tatsächlich werden heute die Investitionsausgaben nicht vom absoluten Niveau des Zinssatzes, sondern von seinem Niveau im Verhältnis zu den Erträgen alternativer Investitionsmöglichkeiten beeinflusst, was zum Beispiel bedeutet, daß ein und derselbe Zinssatz für Staatspapiere je nach den besonderen Umständen zu hoch oder zu niedrig sein kann, um die Investitionstätigkeit — und damit den Wirtschaftsablauf — in der jeweils gewünschten Richtung zu beeinflussen.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich nach *Johnson* aus den zeitlichen Verzögerungseffekten auf die Wirksamkeit der Geldpolitik: Wenn auch die Notenbankpolitiker in der Regel der Auffassung sind, mit ihren Maßnahmen der jeweils gegenwärtigen Entwicklung dicht auf den Fersen zu sein, so besteht doch zwischen den Maßnahmen selbst und ihren Wirkungen oft eine so starke Verzögerung, daß sich die geldpolitischen Eingriffe erst dann auswirken, wenn sich die wirtschaftliche Situation schon wieder geändert hat. *Johnson* kommt deshalb zu dem Ergebnis, daß die herkömmliche Methode der Zentralbankpolitik zur Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs wahrscheinlich die allerschlechteste die (S. 110).

Einen zentralen Platz nimmt bei *Johnson* das Inflationsproblem ein, das er sowohl in seiner historisch-theoretischen Entwicklung als auch praktisch politisch — z. B. im Hinblick auf seine Bedeutung für die Staatsfinanzierung (insbesondere in den Entwicklungsländern) — behandelt. Aus deutscher Sicht ist vor allem die logische Schärfe bemerkenswert, mit der *Johnson* die meisten der monokausalen Deutungen inflatorischer Prozesse widerlegt bzw. relativiert. Denn gerade beim Phänomen der Inflation ist auch „der Theoretiker stets der Versuchung ausgesetzt, kritiklos eine populäre Definition eines Problems zu übernehmen und mit ihr wissenschaftlich zu arbeiten“ (S. 119). Ein Musterbeispiel

hierfür ist nach *Johnson* die falsche Ausdeutung der sogenannten *Phillips*-Kurve, durch die eine angeblich empirisch gesicherte Substitutionsbeziehung zwischen der Inflationsrate und der Rate der Unterbeschäftigung hergestellt wird. Tatsächlich stehen die Wirtschaftspolitiker — wie *Johnson* nachweist — nicht vor einem statischen Vergleich zwischen gegenwärtigen Inflationskosten und gegenwärtigen Vorteilen der Unterbeschäftigung, sondern vor dem Vergleich zwischen einem konstanten bzw. abnehmenden Strom von Vorteilen und einem ansteigenden bzw. konstanten Strom von Kosten in der Zeit (S. 14). Vor allem aber ist nicht erwiesen, ob der von *Phillips* behauptete Zusammenhang auch dann noch gilt, wenn es der Wirtschaftspolitik gelingen würde, den Wirtschaftsverlauf zu glätten, d. h. den Konjunkturzyklus an einem bestimmten Punkt zu fixieren (S. 144).

Entscheidend sind nach *Johnson* letztlich die Preiserwartungen. Da sich die Wirtschaft an jeden einmal etablierten Preistrend anpaßt, ist deshalb nichts von einer Stabilisierung der Entwertungsrates zu erhoffen — man kann sich dann auch sofort auf ein stabiles Preisniveau einigen, weil seine Realisierung die gleichen Schwierigkeiten bereitet wie die Erhaltung einer gleichbleibenden Inflationsrate. Andererseits weist *Johnson* nach, daß eine schwache Inflation nur selten die von ihr behaupteten Wirkungen hat — sie führt weder zu einer Beschleunigung noch zu einer Beeinträchtigung des Wachstums, es kommt nicht notwendig zu einer Hyperinflation und auch die Verteilungswirkungen brauchen nicht mit den landläufig behaupteten übereinzustimmen (S. 145 ff.).

Die Frage der Geldwertstabilität taucht auch in seinen rein geldpolitischen Überlegungen zur Reform der Geldpolitik in Kanada und zu den Hauptproblemen der Geld- und Finanzpolitik in den USA auf. In beiden Kapiteln ist sie eng mit dem Wechselkursproblem verknüpft. *Johnson* weist nach, daß das gegenwärtige System fester Wechselkurse primär eine Ausrichtung der Geldpolitik an der Zahlungsbilanzpolitik erzwingt und damit notwendigerweise das Ausmaß der Stabilisierung, das von der in der Vergangenheit praktizierten Geldpolitik oder von einem verbesserten System monetärer Kontrollen erwartet werden könnte, verringert — insbesondere auch im Vergleich zu einem System mit flexiblen Wechselkursen (S. 215 ff.). Insgesamt steckt gerade in diesen Kapiteln eine solche Fülle von z. T. kritischen, z. T. auch konstruktiven Anmerkungen zur Währungs- und Kreditpolitik, daß man ihre Lektüre nur empfehlen kann, obgleich der institutionelle Rahmen sowohl in den USA wie in Kanada mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik nicht immer vergleichbar ist.

Lesenswert sind auch die abschließenden Kapitel über Probleme der Geld- und Finanzpolitik in Entwicklungsländern. *Johnson* wendet sich hier vor allem gegen einen naiven Inflationismus als Mittel der Staatsfinanzierung und macht gleichzeitig die außenwirtschaftliche Problematik einer permanenten Geldentwertung deutlich. Seiner Ansicht nach stimuliert eine inflatorische Entwicklungspolitik das Wachstum allenfalls in sehr engen Grenzen. Es ist s. E. vielmehr wahrscheinlicher, daß sie das Wachstum verlangsamt. „Diese Verlangsamung resultiert aus der Fehlleitung der Ressourcen sowie aus der Verschwendung der im Wege der Inflation bereitgestellten Entwicklungsressourcen für Konsumausgaben, aus der wachsenden Unsicherheit und der Verringerung der Anreize zu Neuerungen bzw. Rationalisierungen bei den Wirtschafts-

subjekten sowie schließlich aus den Auswirkungen einer inflatorischen Entwicklungspolitik auf die Zahlungsbilanz, indem sie einen ineffizienten Protektionismus und unproduktive Devisenkontrollen fördert“ (S. 302). Dem ist auch für entwickelte Länder wenig hinzuzufügen.

Zusammenfassend kann man die Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik von *Johnson* nur jedem empfehlen, der sich eingehend mit der neueren Geldtheorie beschäftigen möchte. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß große Teile des Buches auch von ökonomisch gebildeten Laien gelesen werden können. In jedem Fall dürfte dieser Band der Schriftenreihe des Bonner Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen einen hervorragenden Platz in der Geldliteratur einnehmen.

Gerhard Zweig

*Siepmann*, Jürgen: Die Standortfrage bei Kreditinstituten, Band 40 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. v. Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Fritz Voigt, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1968, 377 S., DM 78,—.

Das absatzpolitische Instrumentarium der Kreditinstitute ist in den vergangenen Jahren wesentlich erweitert und verfeinert worden. Die Zinsliberalisierung, die Aufhebung des Wettbewerbsabkommens und die Neuregelung der Besteuerung für einige Kreditinstitutsgruppen haben in Westdeutschland ohne Zweifel neue wettbewerbspolitische Daten gesetzt. Im Rahmen der Planung absatzpolitischer Strategien kommt dabei gerade der Wahl der Absatzwege und damit der Standortpolitik besondere Bedeutung zu. In welchem starkem Maße sich seit der Aufhebung der staatlichen Bedürfnisprüfung im Jahre 1958 die Zahl der Niederlassungen der Kreditinstitute vergrößert hat, zeigt ein Blick in die neueste Bankenstatistik. So wuchs die Zahl der Bank- und Sparkassenstellen von 26 860 (31. 12. 1958) auf 38 610 (31. 12. 1968). In den letzten Jahren sind häufig Zweifel an der Richtigkeit einer derart forcierten Zweigstellenexpansion vorgebracht worden. Bei einer empirischen Untersuchung der Gründe, die im einzelnen für die Standortplanung bei Kreditinstituten maßgebend sind, erscheinen diese Zweifel nicht unangebracht. Zeigt sich doch, daß häufig irrationale Motive eine Rolle spielen. Umso notwendiger ist es, sich einmal grundlegend mit der Standortfrage und der Zweigstellenplanung zu beschäftigen. Das Buch von *Siepmann* ist daher genau im richtigen Zeitpunkt erschienen.

Die volks- und betriebswirtschaftliche Standortliteratur reicht weit in die Vergangenheit zurück; zu nennen sind beispielsweise *Thünen* und *Alfred Weber*. Die Allgemeingültigkeit der zur Standortfrage vorhandenen Literatur ist jedoch deswegen in Frage gestellt, weil man sich traditionell entweder nur mit dem industriellen Sektor oder aber in neuerer Zeit mit dem Absatzbereich des Konsumgütersektors befaßt hat. Erst in neuerer Zeit sind auch Ansätze vorhanden, die von der Betriebswirtschaftslehre entwickelten Theoreme auch auf Bankbetriebe anzuwenden. Dabei ist die Schwierigkeit des Tertiärbereichs bekannt: Er entzieht sich vorläufig noch einer ökonomischen Behandlung, es sei denn, man setzt die Prämissen derart realitätsfern, daß die praktische Anwendung der gewonnenen Ergebnisse nicht mehr gesichert ist. Die vorliegende Arbeit schlägt deshalb einen Mittelweg ein, indem sie eine weitgehend deskriptive Analyse der Standortpolitik der verschiedenen Institutsgruppen in der Bundesrepublik

unternimmt, andererseits sich aber auch um eine mathematisch-theoretische Bestimmung des optimalen Standorts bemüht. Die Arbeit läßt daher sehr deutlich die Ambitionen des Verfassers erkennen: Er ist nicht nur Wissenschaftler, sondern auch Bankpraktiker. Dies merkt man vor allem in den ersten drei Teilen des Werkes, in denen die Ergebnisse selbst angestellter statistischer Erhebungen über die Verteilung der Bankniederlassungen vorgestellt werden.

Der erste Teil der Arbeit untersucht die Standortfaktoren und die Standortorientierung im Kreditgewerbe. Beleuchtet wird hier die Bedeutung jener Standortfaktoren, die von Einfluß auf die Niederlassungspolitik aller Institutsgruppen sind. Unter ihnen gilt das Hauptaugenmerk der Bevölkerung, dem Gewerbesektor und den Konkurrenzverhältnissen als jenen externen Daten, denen eine standortbestimmende Kraft zuerkannt wird. Um die Gewichtung dieser im einzelnen sehr heterogenen Standortfaktoren möglichst exakt zu erfassen, sind vom Autor umfangreiche statistische Erhebungen durchgeführt worden. Bevorzugtes Untersuchungsgebiet ist hierbei Bayern. Die Aufbereitung der Ergebnisse erfolgt entweder in tabellarischer Form oder in der für Demonstrationszwecke besonders geeigneten Gegenüberstellung von Dichtewerten, die für eine Vielzahl von Raumeinheiten bis hinab auf Landkreisebene ermittelt werden. Diese zunächst einzeln untersuchten und notwendigerweise isoliert betrachteten Einflußgrößen gehen abschließend in ein Modell ein, das eine Aussage über den Grad der Beschaffungs- bzw. Absatzbezogenheit der einzelnen Institutsgruppen erlaubt. Eine klare Trennung in Kreditinstitutsgruppen, die beschaffungsmarktorientiert sind und solche die absatzmarktbezogen sind, wie sie der Autor vornimmt, dürfte im Laufe der Zeit jedoch an praktischer Bedeutung verloren haben. Von einer früher sicher zutreffenden „Passivlastigkeit“ z. B. der Sparkassen kann heute keineswegs mehr überall gesprochen werden.

Im einem zweiten Teil untersucht der Autor die Standorteignung markanter Flächen und Punkte in Großstädten, wobei er besonders eindrucksvolles empirisches Material für die Städte Hamburg, Frankfurt, West-Berlin und München zusammengetragen hat. Vor allem am Beispiel München weist der Autor die Unterschiedlichkeit der urbanen Standortstrukturen nach, die er am Stellenwachstum ausgewählter Institutsgruppen demonstriert. Eine dynamische Analyse läßt die Stoßrichtung der Niederlassungspolitik in Abhängigkeit von der Entwicklung strukturbestimmender städtischer Daten erkennen und erlaubt damit Aussagen über eine möglicherweise zukünftig eintretende kreditwirtschaftliche Standortentwicklung.

In einem dritten Teil wird umfassend und sehr plastisch, durch hervorragend ausgearbeitetes Kartenmaterial unterstützt, die Standortstruktur und Niederlassungspolitik der Kreditinstitutsgruppen in der Bundesrepublik veranschaulicht. Hierbei wird die Zuordnung der Einzelgruppen noch nach dem alten Gliederungsschema der Bundesbankstatistik vorgenommen, das eine tiefere Unterteilung durchführt als das ab 1. Dezember 1968 verwendete und deshalb für Strukturuntersuchungen der hier durchgeführten Art als recht geeignet erschien. Die Standortstrukturen fast aller Institutsgruppen werden durch eine Fülle von aufbereitetem statistischen Material transparent gemacht. Dieses Material ist allerdings inzwischen teilweise veraltet und hat daher nur noch eingeschränkte Aussagekraft. Der Grund hierfür ist vor allem darin zu sehen, daß der Autor

auf Ergebnisse der letzten Massenzählungen von 1960/61 zurückgreifen mußte, auf die auch die kreditwirtschaftlichen Bezugsgrößen abgestellt wurden, um die Vergleichbarkeit zu sichern.

Beachtung verdient das ohne Rücksicht auf Interessentenstandpunkte gefällte Urteil über die Fragwürdigkeit der Niederlassungspolitik einzelner Institutsgruppen. So weist der Autor auf die von Prestigedenken gekennzeichnete Politik der Großbanken (Seite 106), auf die artfremde Substitutionspolitik der Arbeitnehmer- und Branchenbanken (Seite 129, 132) und auf rechtswidrige Verhaltensweisen im Raiffeisensektor (Seite 183 f.). Auch der Sparkassensektor kommt nicht ungeschoren davon. *Siepmann* schreibt hierzu: „Unter Berufung auf die Förderungswürdigkeit eines sozialmotivierten Tuns wird andererseits zur Abgeltung von Sonderlasten der Ruf nach Ausgleichsmaßnahmen erhoben, die jedoch einen wettbewerbsfälschenden Charakter annehmen, sofern sie trotz gleichartiger Anspruchsgrundlagen der Konkurrenzgruppen allein auf den Sparkassensektor beschränkt bleiben oder sofern sie nach Ausgestaltung und Dosierung geeignet sind, eine Überkompensation der Nachteile zu bewirken“ (Seite 154). Dieser Darstellung wird man kaum widerspruchlos folgen können. Die Wettbewerbsquöte der Bundesregierung hat hier die Akzente doch etwas anders gesetzt.

Im vierten Teil untersucht *Siepmann* eine mathematisch-theoretische Bestimmung des optimalen Standorts. Das Verfahren, dessen sich der Autor zum Auffinden des rentabilitätssichernden Standortes bedient, differenziert einmal nach der Ausdehnung des präsumtiven Einzugsbereichs, nach dem Grad der vorherrschenden Wettbewerbsintensität und schließlich nach der Gleichmäßigkeit von Besiedlungsdichte und Potential. Trotz dieser detaillierten Spezifizierung, die aus dem Bestreben heraus erfolgt sein dürfte, eine möglichst weitgehende Annäherung an die Realität zu erreichen, muß die Verwertbarkeit der gewonnenen Ergebnisse für die Bankpraxis in diesem Stadium bezweifelt werden. Aufschlußreich ist hingegen der abschließend vorgenommene Versuch, die Standortplanung mit Hilfe der Marktforschung zu betreiben, wobei die vorgelegte Konzeption weiterentwickelt und auch noch verbessert werden sollte. Allerdings arbeitet der Verfasser gegenwärtig auf diesem Gebiet und hat hierzu erst kürzlich einen Beitrag veröffentlicht (*Siepmann*, Jürgen Dietrich: „Die Marktforschung als Hilfsmittel der Zweigstellenpolitik“, in: Blättern für Genossenschaftswesen 19/20 1969, Seite 366 ff.).

Den fünften Teil nennt *Siepmann* „Die Einschränkung der freien Standortwahl als Ausfluß einer konservierenden Standortschutzpolitik“. Diskutiert wird hier die Standortentscheidung unter einengenden Nebenbedingungen. Diese können einmal räumlicher Natur sein und entweder sich auf das gesamte Wirtschaftsgebiet oder lediglich auf einzelne Teile erstrecken. Sie können aber andererseits auch sachlicher Art sein und ausnahmslos die gesamte Kreditwirtschaft oder einzelne Institutsgruppen erfassen. Hierzu führt der Autor aus, daß nach seiner Ansicht allen Marktschließungsmaßnahmen d. h. einer Einschränkung der weiteren ungehemmten Zweigstellenexpansion Nachteile anhaften, die eine Abkehr vom marktwirtschaftlichen Lenkungsprozeß problematisch machen. Besonders deutlich wird dies bei der Diskussion der 1958 für verfassungswidrig erklärten Bedürfnisprüfung, womit die Bedenken, die die Kreditwirtschaft lange

Zeit gegen diese Form des behördlichen Erlaubniszwangs vorgetragen hatte, bestätigt werden. Allerdings verwirft der Autor Markteingriffe nicht grundsätzlich, da solche ein geeignetes Mittel sein könnten, um die seiner Ansicht nach unvermeidbaren Fehlbesetzungen zu steuern.

In einem letzten Abschnitt wird die Frage nach der Rationalität des bankwirtschaftlichen Standortaufbaues erörtert. Hier versucht *Siepmann* eine theoretische Bestimmung des Standortgefüges wie es auszusehen hätte, um als rational im Sinne der welfare economics zu gelten. Diese außerordentlich komplexe Frage stellen heißt — sie nicht beantworten können. Die ausgedehnte Suche *Siepmanns* nach zweifelsfreien Kriterien, die eine evtl. Fehlbesetzung in bestimmten Regionen anzeigen könnten, führt zu problematischen Ergebnissen. In einer weit in die Vergangenheit zurückreichenden dynamischen Analyse werden in stufenweise sich verkleinernden Räumen die jährlichen Zuwachsraten des Stellenbestandes mit denen von ausgewählten Bilanzpositionen (Einlagen- und Kreditvolumen) und mit denen von typischen regionalen Strukturdaten (Bevölkerung, Gewerbe, Bruttosozialprodukt) verglichen. Immerhin gelingt auf diese Weise die Kennzeichnung wenigstens jener Bereiche, in denen der Rationalitätsgrundsatz nach Meinung *Siepmanns* in gravierendem Maße verletzt erscheint. Die daraus entstehenden volkswirtschaftlichen Kosten versucht der Autor abschließend zu berechnen und weist nachdrücklich auf die aus einer unkontrollierbaren Zweigstellenexpansion erwachsenden Gefahren für die Stabilität des Preisniveaus und die Sicherheit der Einlagen hin. Die hier angeschnittenen Probleme sind sicher weiterer gründlicher Untersuchungen wert.

Die Arbeit *Siepmanns*, die nicht ganz leicht zu lesen ist, hat den großen Vorzug, daß eine erstaunliche Anzahl von Fakten und Daten über die gesamte Standortstruktur des Deutschen Kreditwesens zusammengetragen und mit Hilfe von zahlreichen graphischen Darstellungen veranschaulicht wird. Neben dem hochinteressanten deskriptiven Teil der Arbeit bieten die Teile vier, fünf und sechs eine Fülle von Anregungen für zukünftige Untersuchungen.

Bernd Küppers

*Gunzert, R.* (Hrsg.): Aspekte der Stabilitäts- und Wachstumspolitik, Duncker & Humblot, Berlin 1969, 131 S., 15,60 DM

Die komplizierten Strukturen und Prozesse der modernen Industriegesellschaft machen es dem Wirtschaftspolitiker immer schwerer, rationale Entscheidungen über die „richtigen“ Maßnahmen zu treffen. Der an der Lebenserfahrung orientierte „gesunde Menschenverstand“ ist heute nicht mehr in der Lage, diese Komplexheit und Dynamik zu durchschauen. Somit wird ein rascher Ausbau der wissenschaftlichen Beratung der Politik notwendig.

Welche Probleme aber bei der wissenschaftlichen Beratung der Politik auftauchen können, zeigt ganz deutlich der Inhalt des vorliegenden Buches, in dem drei Professoren-Kolloquien der Adolf-Weber-Stiftung abgedruckt sind. Themen dieser Kolloquien sind das dritte („Expansion und Stabilität“) und das vierte (Stabilität im Wachstum“) Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie das Problem des „Auslandskapitals in der Bundesrepublik“.

Schon die Form einer solchen Beratung führt zu Differenzen zwischen Wissenschaft und Praxis. Diese Differenzen werden auch bei den Kolloquien sichtbar. So wird Giersch, dem damaligen Mitglied des Sachverständigenrates, der jeweils für die beiden Jahresgutachten das Einführungsreferat hält, vorgeworfen, „durch solch komplizierte Systeme werde die Bereitschaft zum politischen Handeln sehr gedämpft, bestenfalls werde sehr viel Zeit vergehen, bis solche Systeme in die Tat umgesetzt würden“ (S. 73). Die Entgegnung von Giersch, daß ein Lernprozeß herbeigeführt werden müsse, „wenn eine Diskrepanz zwischen Einfachheit und Sachgerechtigkeit bestehe. Der Sachverständigenrat könne auf Kosten der Sachgerechtigkeit keine Konzessionen machen, wo die Sachverhalte kompliziert seien“ (S. 77), erscheint da nicht ganz die richtige Reaktion auf derartige Vorwürfe zu sein. Es ist a priori durchaus offen, wer sich anpassen sollte, der Wissenschaftler oder der Politiker. Seinen Standpunkt treibt Giersch auf die Spitze, wenn er sagt: „Er sei erstaunt darüber, wie es möglich sei, daß man über ein Gutachten, das fünf Männer mit ihren Mitarbeitern mehrere Monate hindurch in Klausur erarbeitet, intensiv diskutiert und nach allen Seiten abgesichert hatten, schon fünf Minuten nach der Veröffentlichung Stellungnahmen an die Presse durchgeben könne, nur um bei der ersten Diskussion dabei zu sein“ (S. 82). Hier läßt Giersch außer acht, daß die wissenschaftliche Objektivität nicht an Personen gebunden ist, sondern aus der öffentlichen Konfrontation von kritischen Argumenten hervorgeht. (Siehe: Popper, K. R., *Die offene Gesellschaft und ihre Feinde*, Bd. 2, S. 170).

Um eine gemeinsame Sprache von Wissenschaft und Politik zu fördern, wird vorgeschlagen, „man könne vielleicht einen Bundeswirtschaftsrat ins Leben rufen, in dem Wissenschaftler und Tarifpolitiker mit den Politikern im häufigen Treffen die Probleme vorab klärten“ (S. 117). Ein anderer Vorschlag zu einer Überbrückung der Trennung zwischen der politischen und der wissenschaftlichen Sphäre: „Man könne dem dadurch begegnen, daß man so etwas wie das amerikanische ‘Ways and Means Committee’ schaffe, in dem Parlament und Wirtschaftswissenschaft Kontakt hätten. So könne man erreichen, daß die Parlamentarier manchmal mit schlechtem Gewissen ihre Kompromisse schlossen. Das Stabilitätsgesetz sei in dieser Hinsicht unvollkommen, denn es schaffe keine Pflicht zum Anhören von Sachverständigen außerhalb der Legislative und der Exekutive. Es müsse etwas Neues in der Verfassung geschaffen werden, damit die Öffentlichkeit neue Gedanken aufnehmen“ (S. 116). Auch Giersch meint im Verlaufe der Diskussion, „er selbst hänge nicht an der Institution, er könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß regelmäßige Anhörungen vor einem Parlamentsausschuß eine ähnlich belebende Funktion auf die öffentliche Diskussion über Wirtschaftspolitik ausüben könnte, wie dies die Gutachten des Rates jetzt täten“ (S. 112).

Neben diese mehr technisch-praktischen Schwierigkeiten tritt ein Problem, das bedeutend schwerwiegender ist. Es ist der sogenannte „Konkurrenzcharakter des theoretischen Wissens“. Die hinter diesem Wort stehende These besagt, daß sich der theoretische Fortschritt nicht darstellt als eine Akkumulation des Wissens, vergleichbar mit dem Wachsen einer Bibliothek, sondern daß sich in einem dialektischen Prozeß immer wieder aus miteinander konkurrierenden Theorien diejenige herauschält, die der logischen und vor allem der empirischen



Überprüfung vorläufig am besten standgehalten hat. Ein typisches Beispiel für diese Konkurrenz der Theorien bietet die Erklärung des Inflationsimports.

Das damit verbundene Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung steht im Mittelpunkt des Referats und der Diskussion über das dritte Jahresgutachten. „Ohne außenwirtschaftliche Absicherung könne man keine nationale Stabilisierungspolitik treiben“ (S. 45); so die Meinung von Giersch, da man bei festen Wechselkursen und voller Konvertibilität aufgrund des direkten internationalen Preiszusammenhangs Inflation importiere, wenn die Preise im Ausland stärker steigen als im Inland. Die Liquiditätshypothese des Inflationsimports sei demgegenüber keine Zwangsläufigkeit. „Eine Untersuchung des internationalen Preiszusammenhangs habe deutlich ergeben, daß der Preiszusammenhang wirksam sei“ (S. 46). Um diesen Inflationsimport abzuwehren, gibt es wiederum durchaus ernstzunehmende alternative Maßnahmen. Sie reichen bis zu völlig flexiblen Wechselkursen. Hier scheint Giersch selbst, nach dessen Meinung die großen gesellschaftlichen Gruppen über die Zusammenhänge und Absichten aufgeklärt werden müssen, „damit ihr Fehlverhalten nicht eine planvolle Wirtschaftspolitik erschwere“ (S. 71), einen Lernprozeß durchgemacht zu haben. Während sich der Sachverständigenrat nämlich in dem ersten Gutachten für flexible Wechselkurse stark gemacht hat, „stelle der Sachverständigenrat (jetzt) als Möglichkeiten der wechsellkurspolitischen Absicherung zwei Alternativen zur Diskussion, einen „mittelfristig garantierten Paritätsanstieg“ und eine „Bandbreitenerweiterung mit gebremster Paritätsanpassung nach oben“ (S. 59).

Auch über die „richtige“ Konjunkturpolitik kann es durchaus unterschiedliche, sogar gegensätzliche Meinungen geben. Während z. B. Dürr (Wirkungsanalyse der monetären Konjunkturpolitik) der monetären Konjunkturpolitik durchaus positive Seiten abgewinnen kann, hält Giersch davon überhaupt nichts: „Die Zentralbanken seien nicht gut in der Lage, eine antizyklische Konjunkturpolitik zu betreiben. Statt die zyklischen Schwankungen zu glätten, neige sie dazu, diese zu verstärken“ (S. 85). Gierschs Alternative auf dieses Problem ist ein „contrat social“, dessen Hauptgedanken er im einleitenden Referat für die Diskussion des vierten Jahresgutachtens vor den Anwesenden ausbreitet. Man könne „zu einem möglichen Wachstum von real 6,4 % im Jahre 1968 und 6,1 % im Jahre 1969 kommen“ (S. 99), wenn man bestimmte Leitlinien für die Nachfragekomponenten privater Verbrauch, die Investitionen der Unternehmer, die Staatsausgaben und den Außenbeitrag einhalten würde. Hier wird man den Verdacht nicht ganz los, daß tautologische Beziehungen zwischen dem volkswirtschaftlichen Gesamtangebot und den Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage als Basis für eine operationale Wirtschaftspolitik angesehen werden. Die Streiks in der Bundesrepublik während der ersten Septemberwochen 1969 haben gezeigt, daß dieser „contrat social“ eine etwas brüchige Konzeption ist, die von bestimmten Konflikten in der Gesellschaft, die man nicht sehen will, abstrahiert.

Bei dem Kolloquium über das Thema „Auslandskapital in der Bundesrepublik“ werden die Referate von Benning (Bundesbank), Abs (Deutsche Bank) und Harald Jürgensen gehalten. In einer Situation, in der deutsche Direktinvestitionen im Ausland diskutiert werden, ist dieses Thema etwas inaktuell.

Trotzdem lohnt es sich, die Ausführungen zu lesen, weil hier in aller Deutlichkeit die Diskrepanz zwischen den Meinungen der „Theoretiker“ und der „Praktiker“ offenkundig wird. Alle drei Kolloquien zeigen, daß die Diskussion weitergehen muß, um auf beiden Seiten den Lernprozeß voranzutreiben.

Karl Heinz Dignas

*Becker, Jürgen*: Die kontinuierliche Liquiditätsversorgung des Bankensystems, Veröffentlichungen des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung, Band 3, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1969, 145 S., Ln., DM 37,60.

Gesetzlich bestimmte Aufgabe der Deutschen Bundesbank ist die Regelung des Geldumlaufs und der Kreditversorgung der Wirtschaft mit dem Ziel, „die Währung zu sichern“. Nach Becker wird die „richtige“ Geldversorgung der Wirtschaft (eine Situation, in der Geld langfristig gesehen neutral ist) durch eine kontinuierliche Liquiditätsversorgung des Bankensystems erreicht. Anders ausgedrückt bedeutet das: Man sollte dafür sorgen, daß die Zunahme der Zentralbankgeldbestände der Kreditinstitute langfristig etwa gleichmäßig dem Wirtschaftswachstum folgt, damit das Geldvolumen — also Sichteinlagen und Bargeldbestände — der privaten Nichtbanken jeweils den Umfang annimmt, der weder inflationär noch deflationär wirkt und langfristig zur Verstetigung des Wirtschaftsablaufs beiträgt.

Der feste Zusammenhang zwischen Bankenliquidität und Geldvolumen wird damit begründet, daß die einzelne Bank zwar grundsätzlich das Gewinnmaximum anstrebt, dabei aber als wichtige Nebenbedingung die Erhaltung ihrer Zahlungsfähigkeit zu beachten hat. Sie wird nach Becker ein bestimmtes Verhältnis zwischen Zentralbankgeld plus liquiden, d. h. zu jeder Zeit in Zentralbankgeld umtauschbaren Aktiva und dem Einlagenbestand anstreben. Steigt oder sinkt dieses Verhältnis, so wird sie, da ihr geschäftspolitischer Entscheidungsspielraum auf der Passivseite begrenzt ist, versuchen, ihre Kreditvergabe zu verstärken oder zu drosseln. Es bleibt unberücksichtigt, daß es einer Bank möglicherweise wohl gelingt, ihren Kreditbestand innerhalb gewisser Frist abzubauen, daß das Bemühen um eine Zunahme jedoch häufig erfolglos bleibt, und das selbst bei verstärkter Neukreditgewährung.

Zwar weist Becker darauf hin, daß es von der Richtung der Zahlungsströme abhängt, ob im Extremfall der gesamte Bestand der an Nichtbanken gewährten Kredite zu- oder abnimmt, — Abnahme, wenn per Saldo mehr von Bankgläubigern an einen Bankschuldner; Zunahme, wenn mehr von Bankschuldnern an Bankgläubiger gezahlt wird — geht aber dann nur von dem „Normalfall“ aus, daß weder derartige „Spreizeffekte“ noch extreme Gleichschrittssituationen eintreten, in denen Ausgabenwachstum ohne eine Zunahme des sogenannten „zusätzlichen Kredits“ finanziert werden kann.

An diesen Ansatz anknüpfend wird die für sich sicher positiv zu beurteilende Frage in den Vordergrund gestellt, „wie ein bereits volumenmäßig festgestellter Liquiditätsbedarf realisiert werden kann“. Folgerichtig wird von den Quellen der Liquiditätsversorgung der Banken ausgegangen, die unterschieden werden in solche, die sich der Steuerbarkeit durch das kreditpolitische Instrumentarium weitgehend entziehen (Marktfaktoren) und andere, die „selber Bestandteil kreditpolitischer Maßnahmen“ sind.

Die Marktfaktoren, insbesondere der Bargeldumlauf bei Nichtbanken, die außenwirtschaftlichen Liquiditätsversorgung und die Kassentransaktionen der öffentlichen Hand bieten zwar Ansatzpunkte für eine Einflußnahme — Forcierung des bargeldlosen Reisezahlungsverkehrs, zeitlich gestreute Lohn- und Gehaltszahlung, zinspolitische Beeinflussung des kurzfristigen Kreditverkehrs mit dem Ausland, Anrechnung von im Ausland aufgenommenen Geldern auf Rediskontkontingente, administrative Maßnahmen zur Vermeidung von Auslandsgeldzu- oder -abstrom u. ä. — doch wird für die Jahre 1963 bis 1967 gezeigt, daß die Summen aller von diesen Faktoren ausgehenden Einflüsse an bestimmten Zeitpunkten — trotz bereits weitgehenden Ausgleichs der Einzeleinflüsse untereinander, immer noch auf starke Schwankungen der Liquiditätsversorgung hindeuten. Als Extrempunkte werden für Dezember 1967 + 2,5 Mrd. DM und für März 1966 — 3,8 Mrd. DM festgestellt.

Becker untersucht daher die „kreditpolitisch bestimmten Liquiditätsquellen“ daraufhin, inwieweit die daraus fließenden Ströme in Richtung und Umfang von der Notenbank so gesteuert werden können, daß sich insgesamt ein kontinuierlicher Liquiditätsstrom ergibt. Den stärksten Einfluß hat die Notenbank bei der Festlegung der Refinanzierungskontingente, da sie hier nicht auf die Mitwirkung anderer Partner angewiesen ist. Weder eine bestimmte Qualität des Wechselmaterials beim Rediskontkredit noch die von lombardfähigen Aktiven sollten Anhaltspunkte für die Deckung des Refinanzierungsbedarfs sein, da sie die Bewegungsfreiheit der Notenbank unnötig einengen. Andererseits liegen die Bearbeitungskosten für den Wechselkredit im Vergleich zum Lombard relativ hoch. Beides veranlaßt Becker zu dem Vorschlag, ein Gesamtkontingent im Sinne der Einrichtung von Gesamt-Refinanzierungslinien für die einzelnen Kreditinstitute einzuführen. Diese Linie ist grundsätzlich an den haftenden Mitteln der Banken orientiert. Innerhalb dieses Rahmens jedoch soll die Notenbank, unabhängig von dem Vorhandensein „zentralbankfähiger“ Aktiva Überziehungskredite nach freiem Ermessen, d. h. unter dem Gesichtspunkt der erwünschten Liquiditätsversorgung und der Qualität der Bankleitung, gewähren können. Eine solche Lösung erscheint Becker besonders deswegen sinnvoll, weil damit ein Weg gegeben ist, daß Banken auch dann Zentralbankgeld aufnehmen können, wenn z. B. in einer Krise der Bestand an zentralbankfähigen Wechseln nicht genügend groß ist, andererseits aber gerade in dieser Situation ein hoher Liquiditätsbedarf erforderlich werden kann.

Das Offenmarktgeschäft der Bundesbank mit Nichtbanken in der Bundesrepublik war bis 1967 schon wegen der damit verbundenen Durchbrechung der bis dahin geltenden Zinsreglementierung weitgehend eingeschränkt. Die dann einsetzenden ersten Versuche der Bundesbank, Kassenobligationen des Bundes im Tendersverfahren auch an Nichtbanken zu verkaufen, scheiterte u. a. wegen der grundsätzlichen interessenbedingten Abneigung der Banken, ihren Kunden Geldmarktpapiere zu verkaufen. Dagegen konnten durch den Ankauf von Bundesanleihen durch die Bundesbank erwünschtermaßen auch Nichtbanken angesprochen werden. Aufgrund eines Vergleichs mit den Bedingungen für eine wirksame Offenmarktpolitik in England und den USA kommt Becker zu dem Ergebnis, daß auch in Deutschland eine Aktivierung dieses Instruments erwünscht und möglich ist. Die wichtigsten Voraussetzungen, eine finanz-

starke Käuferschicht und ein breites Angebot an verschiedenartigen Papieren werden für erfüllt oder leicht erfüllbar angesehen. Sowohl private Haushalte — wenn auch mit gewissen Einschränkungen — als besonders Wirtschaftsunternehmen und Sozialversicherungen werden für potente Teilnehmer im Offenmarktgeschäft gehalten. Die Beteiligung der Nichtbanken dürfe sich jedoch nicht wie bisher allein auf Kassenobligationen beschränken, sondern müsse vielmehr auf alle vorhandenen Geldmarktpapiere ausgedehnt werden. Während das Angebotsvolumen groß genug erscheint — Mobilisierungs- und Liquiditätspapiere belaufen sich auf über 16 Mrd. DM und Kassenobligationen können praktisch unbegrenzt emittiert werden — ist das ankaufbare Material begrenzt, da bisher keine Geldmarktpapiere an den Markt abgegeben wurden. Allerdings ist eine stärkere Liquiditätsanreicherung möglich, wenn die Bundesbank dazu übergeht, neben dem Ankauf von Bundesanleihen die Möglichkeiten nach § 21 Bundesbankgesetz auszuschöpfen, wonach alle zum amtlichen Börsenhandel zugelassenen Schuldverschreibungen ankaufsfähig sind. Schließlich hält es Becker im Interesse einer größeren Beweglichkeit der Offenmarktpolitik für wünschenswert, wenn — ähnlich wie in den USA oder England — eine Institution errichtet würde, die außer der technischen Abwicklung des Kaufs und Verkaufs am offenen Markt Losgrößen- und Fristentransformationsfunktionen übernehmen würde. Diese Institution müsse allerdings von Banken unabhängig sein.

Breiter Raum wird schließlich der Liquiditätsversorgung über die Einlagen/Schuldenpolitik öffentlicher Haushalte gewidmet. Die Ausführungen hierzu basieren auf zwei verschiedenen Motiven. Zum einen soll erreicht werden, daß die relevanten Transaktionen im öffentlichen Bereich so gestaltet werden, daß die bisher üblicherweise davon ausgehenden Liquiditätsanspannungen weitgehend vermieden werden. Zum anderen wird untersucht, wie die Effizienz des liquiditätspolitischen Einflusses der Bundesbank vergrößert werden kann. Im einzelnen stellt Becker zum ersten Motiv Vorschläge zur Diskussion, durch Änderung des Steuerzahlungsrhythmus' auf monatliche Fälligkeiten, durch zeitliche Verschiebung der Fälligkeiten der Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer, durch Einführung von Steuerkontokorrentkonten — für Früher- oder Späterzahlung werden Zinsen berechnet — oder durch kontinuierlichen Absatz von Titeln in der Anleihefinanzierung die periodisch auftretenden Liquiditätsanforderungen an die Wirtschaft zu glätten. In die gleiche Richtung zielt der Gedanke, in weit stärkerem Maße als bisher möglichst alle Gruppen von Kreditinstituten an der Kassenhaltung der öffentlichen Hand — besonders Bund und Ländern — zu beteiligen.

Dieser Gedanke betrifft zugleich das zweite genannte Motiv. Wenn die öffentlichen Einlagen gleichmäßiger auf die Bundesbank und auf Banken verteilt gehalten werden, so bleibt genügend Spielraum sowohl in Richtung einer Anreicherung — verstärkte Verlagerung von Einlagen auf Konten bei Banken — als auch einer Verknappung der Bankenliquidität — Abrufung von Bankeinlagenbeständen durch die Notenbank. Die derzeit übliche einseitige Kassenhaltung bei der Bundesbank hingegen bietet nur die Möglichkeit der Liquiditätsanreicherung, nicht aber einer Verknappung über dieses Instrument.

Die Arbeit Beckers hebt sich angenehm von ähnlichen Untersuchungen ab, die nicht zu einer funktionalen Betrachtungsweise der Problematik vordringen. Sie

geht über die bloße Orientierung an bekannten Instrumenten hinaus, indem zunächst unabhängig von bestimmten Formen der Liquiditätsbeeinflussung die geldstromanalytischen Niederschläge von Zahlungsvorgängen auf den Konten der Beteiligten im Auge behalten werden. Diese Beachtung der buchmäßigen Grundvoraussetzungen sind jedoch nur der notwendige Hintergrund für konkrete Vorschläge zum wirksameren Einsatz des notenbankpolitischen Instrumentariums für eine Liquiditätsbeeinflussung.

Einige der Vorschläge Beckers sind geeignet, den Gelddisponenten von Kreditinstituten ihre Aufgabe zu erleichtern. Ob allerdings eine „kontinuierliche Liquiditätsversorgung“ der Banken den in sie gesetzten Erwartungen gerecht wird, darf bezweifelt werden. Für den Fall einer außenwirtschaftlich bedingten „Überliquidität“ der Wirtschaft bedeutet das: Selbst wenn es der Bundesbank z. B. mittels Swapsatz-Politik gelänge, die statistisch für richtig gehaltene Liquiditätseinengung zu erreichen, so wäre damit das „Problem“ der Überliquidität nur formal gelöst; denn höchstens zum ausländischen Geldmarktzins plus Kurssicherungskosten sind in der Regel nahezu unbegrenzt Mittel verfügbar.

Eberhart Ketzl

*Rudloff, Hartmut: Vermögensbestand, Sparverhalten und Wirtschaftswachstum — Ein Beitrag zur Theorie der Spar-Vermögen-Relation des privaten Haushalts, Bd. 47 der Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, Verlag Duncker & Humblot, Berlin 1969. 189 S. Brosch. DM 39,60.*

Geldtheorie und Wachstumstheorie wurden in der nationalökonomischen Literatur lange Zeit weitgehend unabhängig voneinander entwickelt. Erst seit Mitte der fünfziger Jahre richtet sich das Interesse der Nationalökonomien zunehmend auf eine Integration dieser beiden Bereiche. Erste Ansätze lieferten in Amerika u. a. *Tobin* sowie *Gurley* und *Shaw*, in Deutschland u. a. *Ehrlicher* und von *Weizsäcker*. *Rudloff* knüpft an diese Arbeiten an und stellt sich die Aufgabe, „den theoretischen Grundzusammenhang zwischen Vermögensbestand, Sparverhalten und Wirtschaftswachstum zu analysieren sowie die ökonomisch relevanten Beziehungen zwischen diesen drei Variablen herauszuarbeiten“ (Seite 9).

In einer Zeit, in der vermögenspolitische Pläne Hochkonjunktur haben, kann diese Arbeit auf lebhaftes Interesse rechnen. Die Auswirkungen der Vermögensbildung auf die konjunkturelle Entwicklung und das langfristige Wirtschaftswachstum sind heute noch keineswegs geklärt. Vor allem ist die Frage zu beantworten, wie sich die *verschiedenen Formen* der Vermögensbildung auf Konjunktur und Wachstum auswirken. Bereits vorab sei angemerkt, daß der Verfasser am Ende dieses Buches keine konkreten wirtschaftspolitischen Empfehlungen gibt und auch wohl nicht angestrebt hat. Es geht ihm vielmehr darum, mit Hilfe des theoretischen Instrumentariums der Nationalökonomie die zahlreichen Wechselwirkungen zwischen den interessierenden Größen aufzuhellen.

Der Verfasser entwirft zunächst ein Grundgerüst, das es erlaubt, die verschiedenen Teilaspekte „auf einen gemeinsamen Nenner zu beziehen“ (S. 175). Es ist im Rahmen dieser Besprechung nicht möglich, die teilweise recht schwierigen Ableitungen darzustellen. Deshalb sei nur das grobe Gerüst skizziert: Der Verfasser gliedert seine Arbeit in vier Hauptabschnitte. Nach einleitenden Bemerkungen zu der Berücksichtigung des Vermögensbestandes (hier wie auch im wei-

teren Verlauf der Arbeit beschränkt auf den privaten Haushalt) in der traditionellen ökonomischen Theorie untersucht er im zweiten Hauptabschnitt die Bedeutung der Spar-Vermögen-Relation als Steuerungsmechanismus in der mikroökonomischen Gleichgewichtstheorie. Den Ausgangspunkt seiner Analyse bilden die neueren Ansätze zur Theorie des Haushaltes. In diesen wird dem Vermögen, im Unterschied zu *Keynes*, ein *eigenständiger* Nutzen zugewiesen und sein Einfluß auf die Konsum- und Sparsentscheidungen der Haushalte berücksichtigt. Der Ansatz von Alan *Spiro*, der das Sparverhalten aus der Differenz zwischen tatsächlichem und gewünschtem Vermögensbestand zu erklären versucht, kommt dabei den Intentionen des Verfassers am nächsten. Ein weiterer Schritt zur Annäherung der Konsum- und Spartheorie an die Wirklichkeit besteht darin, in die Konsumfunktion sozioökonomische Faktoren wie Alter und Zusammensetzung des Haushalts, Verschuldungsmöglichkeiten sowie psychologische Haltungen und Erwartungen einzubeziehen. Während *Keynes* von dem sog. „fundamentalen psychologischen Gesetz“ ausging, daß der Konsum mit steigendem Einkommen (im Sinne von Kasseneingang) unterproportional ansteige (woraus *Keynes* die Tendenz der Wirtschaft zur Unterbeschäftigung ableitete), verknüpfen die genannten neueren Ansätze das kurzfristige Einkommenskonzept (à la *Keynes*) mit dem langfristigen Vermögenskonzept. Wenn man das Vermögen nicht mehr bloß als „aufgeschobenen Konsum“ ansieht, sondern ihm einen eigenständigen Nutzen (Macht, erhöhter Freiheitsspielraum, Sozialprestige) zuweist, wird die Annahme einer mechanischen Beziehung zwischen Einkommen und Konsum bzw. Sparen zweifelhaft. Gleichzeitig bietet sich hier ein Ansatz für die Integration der traditionellen Konsum- bzw. Spartheorie mit der Geldtheorie; denn es leuchtet ohne weiteres ein, daß die Preis- und Zinsentwicklung die Wahl zwischen Konsum und Sparen bzw. zwischen Vermögensab- und -aufbau (unter Berücksichtigung alternativer Vermögensanlagen) entscheidend beeinflusst. Die Vermögensakkumulation übernimmt dabei die Funktion eines „Ausgleichreglers“, der das einzelwirtschaftliche Haushaltsgleichgewicht steuert.

Diese angedeuteten Wechselwirkungen machen bereits deutlich, daß der (statische) gleichgewichtstheoretische Ansatz, der auf eine *eindeutige* Lösung des gewählten Modellansatzes abzielt, im Rahmen dieser Problemstellung überfordert ist. Deshalb „dynamisiert“ der Verfasser sein Modell in dem dritten Hauptabschnitt, d. h. er gibt die Annahme auf, daß die Wirtschaftssubjekte bei ihren Entscheidungen von einem konstanten Zielbündel ausgehen. Er berücksichtigt alternative Vermögensanlagen und untersucht — gestützt auf eine Reihe empirischer Untersuchungen anderer Autoren — die Einstellungen der Wirtschaftssubjekte zu diesen alternativen Vermögensanlagen.

Zur Erklärung der empirisch ermittelten Tatsache, daß die Vermögensbildung bei steigendem Einkommen keineswegs relativ abnimmt (was man aufgrund der Theorie des abnehmenden Grenznutzens erwarten müßte), greift er auf die *Theorie des Lernens* sowie die *Theorie des Anspruchsniveaus* zurück. Durch individuelle und soziale Lernprozesse wandelt sich das Verhaltensschema eines Individuums; hierbei ist etwa an säkulare Preissteigerungen, an Einkommensschwankungen u. dgl. zu denken. (Wie sich das Anspruchsniveau verschieben kann, machte *Münemann* einmal in einem amüsanten Interview deutlich: Als er DM 120,— in der Tasche hatte, glaubte er, bei einem Vermögen von DM

10 000,— wäre er am Ziel seiner Wünsche; als er diese DM 10 000,— besaß, verschob sich dieses „Ziel seiner Wünsche“ auf DM 100 000,— und so fort . . .)

Die laufenden Veränderungen des Präferenzsystems im Zuge des Wachstums führen zu ständig sich wiederholenden Anpassungsprozessen an ein neues Gleichgewicht zwischen Vermögensbestand und Konsumausgaben.

Im vierten Hauptabschnitt geht der Verfasser von der einzelwirtschaftlichen zur *gesamtwirtschaftlichen* Betrachtung über. Die Entscheidung der Wirtschafts-subjekte darüber, welchen Teil ihres laufenden Einkommens sie sparen und welchen sie konsumieren, ist sowohl im Hinblick auf die kurzfristige konjunkturelle Entwicklung als auch unter wachstumspolitischen Perspektiven interessant, und zwar ist nicht nur die absolute Höhe der Ersparnis, sondern auch die jeweilige Sparform wichtig. Das um so mehr, als sich erfahrungsgemäß die Mehrzahl der Wirtschaftssubjekte gleichsinnig verhält.

Die Unterscheidung zwischen dem statisch-stabilisierungstheoretischen und dem dynamisch-wachstumstheoretischen Zusammenhang entspricht der in den Hauptabschnitten zwei und drei getroffenen Unterscheidung zwischen statischem und dynamischem *mikroökonomischem* Ansatz. Entsprechend gelangt der Autor auch bei dem *makroökonomischen* Ansatz zu dem Ergebnis, daß sich der (statische) *Stabilisierungseffekt* der Spar-Vermögen-Relation aus *exogenen Störungen* des Spar-Vermögen-Gleichgewichts ergibt; dagegen ist der (dynamische) *Wachstumseffekt* auf *strukturelle Verschiebungen* innerhalb des Bestands alternativer Vermögensarten in Verbindung mit alternativen Hypothesen über das Ausgabeverhalten zurückzuführen.

Der abschließenden Bemerkung des Verfassers, „daß die Analyse der Spar-Vermögen-Relation nicht nur von wirtschaftstheoretischem Interesse (sei), sondern auch dem Wirtschaftspolitiker Entscheidungshilfen an die Hand (zu geben vermöge)“, ist zweifellos zuzustimmen. Für unsere aktuellen wirtschaftspolitischen Probleme im Rahmen der Vermögenspolitik bietet das Buch selbst allerdings noch keine konkreten Empfehlungen an. Eine definitive Aussage über den Einsatz der Geldpolitik wäre, wie der Verfasser betont, nur möglich, „wenn es gelingt, den eigenständigen Nutzen der (realen) Geldvermögenshaltung exakt quantitativ zu bestimmen“ (Seite 175). Wie schwierig das ist, dürfte der Autor dieser systematisch gut aufgebauten und folgerichtig durchgeführten Arbeit am besten wissen.

Klaus Wieners